

Initiativantrag
der sozialdemokratischen Abgeordneten
betreffend
ein neues Tarifmodell für den Oberösterreichischen Verkehrsverbund

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Oberösterreichischen Verkehrsverbund für ein gerechteres Tarifmodell einzusetzen, welches in Zusammenarbeit mit den oberösterreichischen Gemeinden erstellt werden und den aktuellen bzw. zukünftigen Anforderungen an den Öffentlichen Verkehr entsprechen soll.

Begründung

Das im Jahr 2001 vom Oberösterreichischen Verkehrsverbund eingeführte Tarifzonenmodell hatte sich in der Vergangenheit bewährt, ermöglichte es doch mit seinen 467 Regional- und drei Kernzonen übersichtliche und nachvollziehbare Tarife – sowohl für die Systempartner als auch für die Kundinnen und Kunden des Öffentlichen Verkehrs.

Die Anforderungen haben sich seither aber sukzessive gewandelt. Der stärker (zusammen-) wachsende Linzer Ballungsraum hat Investitionen in attraktive Verkehrsangebote notwendig gemacht, welche von der Bevölkerung sehr gut angenommen werden. Gleichzeitig mit dem Ausbau und der stärkeren Inanspruchnahme des Öffentlichen Verkehrs sind jedoch Verwerfungen im 15 Jahre alten Tarifsysteem offensichtlich geworden, die von den Kundinnen und Kunden als ungerecht empfunden werden.

Diese Ungerechtigkeiten werden mit jedem weiteren Ausbau des ÖV-Angebots – insbesondere rund um Linz – zu Tage treten, weshalb es nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern auch vorausschauend notwendig ist, ein neues, gerechtes und damit von der Bevölkerung akzeptiertes Tarifmodell für den Öffentlichen Verkehr in Oberösterreich zu erarbeiten.

Linz, am 26. September 2016

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Rippl, Müllner, Peutlberger-Naderer, Makor, Bauer, Weichsler-Hauer, Promberger, Krenn